

Neue Fraunhofer-Studie

Fehlende Gasnetzplanung könnte für Haushalte teuer werden

Wer jetzt noch in eine Gasheizung investiert, muss bis 2045 mit 3.000 bis 4.000 Euro mehr Kosten im Jahr rechnen, allein durch steigende Netzkosten. Das zeigt eine neue Studie des **Fraunhofer-Instituts für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung IFAM** im Auftrag des **Umweltinstitut München e.V.** Um hohe Kosten abzumildern, müssen Städte und Stadtwerke den Ausstieg aus den Gasnetzen frühzeitig planen und Haushalte Quartier für Quartier vom Gas auf erneuerbare Wärme umstellen, so die Studie.

Weil immer mehr Menschen Wärmepumpen einbauen oder ihre Häuser an ein Wärmenetz angeschlossen werden, wird Gas für die übrigen Kundinnen und Kunden sehr teuer. Der Grund: Immer weniger Gaskunden müssen für die Instandhaltung eines gleichbleibend großen Gasnetzes bezahlen. Wenn die Betreiber ihre Netze dann nicht verkleinern können, werden diese zunehmend überdimensioniert. Im Extremfall könnte ein einzelner Haushalt Kosten in Millionenhöhe verursachen, weil die Gasversorgung für ihn künstlich aufrechterhalten werden muss.

Für 2026 haben die deutschen Netzbetreiber im Durchschnitt bereits eine Erhöhung der Netzgebühren um zehn Prozent angekündigt. Die Modellrechnung des Fraunhofer IFAM zeigt, dass diese Entwicklung bis 2045 massiv an Fahrt aufnehmen wird. Ein typischer Drei-Personen-Haushalt muss demnach in den letzten Jahren, in denen mit Gas geheizt werden darf, mit Netzkosten von 3.300 bis 4.300 Euro rechnen, was etwa einer Verzehnfachung der Netzkosten entspricht. Denn heute würde derselbe Haushalt etwa 300 bis 400 Euro für Netzkosten zahlen.

Frühzeitige Planung ist entscheidend

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass sich diese Kosten für Haushalte dämpfen lassen, wenn Stadtwerke und Gasnetzbetreiber den Ausstieg aus der Gasversorgung möglichst frühzeitig planen.

Die Gasversorgung sollte in Städten Quartier für Quartier mit erneuerbaren Alternativen abgelöst werden. Nur so könnten Teile des Gasnetzes Schritt für Schritt außer Betrieb genommen und damit hohe Zusatzkosten vermieden werden.

Till Irmisch, Referent für Energiepolitik am Umweltinstitut München, bringt es auf den Punkt: „Die Studie macht klar: Den Letzten beißen die Hunde. Wer noch lange mit Gas heizen will, wird feststellen, dass die neue Gasheizung zur Kostenfalle mit bis zu zehnfach erhöhten Netzkosten wird.“

Zehn Jahre Ankündigungsfrist treiben Kosten in die Höhe

Obwohl in immer mehr Städten über die Stilllegung der Gasnetze gesprochen wird, ist eine solche bis heute nicht rechtssicher möglich. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (**BMWE**) möchte dies ändern: Gasnetzbetreiber sollen in Zukunft das Recht haben, Haushalte vom Gasnetz zu trennen und neue Anschlüsse zu verweigern. Dies sollen Gasnetzbetreiber mit einer Frist von zehn Jahren ankündigen müssen, so ein Gesetzesentwurf des Wirtschaftsministeriums.

Das sieht Studienautor Roland **Meyer** vom Fraunhofer IFAM mit Skepsis: „Eine Ankündigungsfrist von zehn Jahren würde einen geordneten, schrittweisen Rückzug aus der Gasversorgung erschweren. Unsere Modellrechnungen zeigen klar, dass unnötige Kosten nur vermieden werden können, wenn Gasnetzbetreiber gezielt und frühzeitig wenig genutzte Netzteile außer Betrieb nehmen können.“

Forscher empfehlen Planungspflicht bis 2027

Kritisch sieht Meyer auch, dass der Gesetzesentwurf keine einheitliche Planungspflicht für Netzbetreiber vorsieht: „Nach dem Entwurf des Wirtschaftsministeriums bleibt es den Netzbetreibern überlassen, wann sie den Ausstieg aus der Gasversorgung planen. Würden Netzbetreiber hingegen verpflichtet, bis 2027 ihre Planung vorzulegen, könnten Zusatzkosten in Milliardenhöhe vermieden werden.“

Das Umweltinstitut München sieht ohne Planungspflicht zudem die Gefahr, dass Stadtwerke und andere Gasnetzbetreiber aus eigenen Interessen die Planung absichtlich verzögern und die Kosten für alle anderen damit in die Höhe treiben.

Till Irmisch: „Die Netzbetreiber haben kein Eigeninteresse an einer Stilllegung der Gasnetze. Sie können anfallende Mehrkosten einfach auf ihre Kundinnen und Kunden umlegen. Um möglichst lange an ihrem Geschäftsmodell festhalten zu können, werden sie darauf setzen, dass der Staat im Notfall mit neuen Subventionen einspringt. Die Regierung hat die Verantwortung, das zu vermeiden.“ ■

Das Fraunhofer IFAM hat die Studie „Kosteneinsparungen einer frühen Gasnetzstilllegungsplanung“ im Auftrag des Umweltinstituts München erstellt. Unterstützt wurde die Studie von „Protect the Planet“, „GasWende“ und dem Deutschen Naturschutzring.

Die Studie ist verfügbar unter:
<https://kurzlinks.de/54gy>